

Für eine klima- und sozialgerechte Landwirtschaft -  
STOPPT die Agrarfabriken!



+++ JBN fordert eine Kehrtwende in der Agrarpolitik +++

## Resolution der Jugendorganisation BUND Naturschutz

Frühjahrs - JVV in Reimlingen, 01. April 2012  
Antragsteller: JBN-Landesvorstand

### **Förderung des ökologischen Landbaus**

Landwirtschaft muss ihrer ökologischen und sozialen Verantwortung gerecht werden. Dies bedeutet, dass Landwirtschaft nachhaltig sein muss, also klimafreundlich und naturschutzgerecht sowie gentechnik-, pestizid- und nanotechnikfrei.

Fördergelder dürfen nur noch für eine Produktion nach ökologischen und sozialen Kriterien gezahlt werden, die Wirtschaftlichkeit der Betriebe darf nicht im Vordergrund stehen. Kriterien und Effekte der ökologischen Landwirtschaft sind der Erhalt der Biodiversität und einer vielfältigen Kulturlandschaft, Förderung der Bodenfruchtbarkeit und artgerechter Tierhaltung, geringer Energieeinsatz, verminderte Produktion von Klimagasen und die Bereitstellung zusätzlicher Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

### **Eine Landwirtschaft mit heimischen Futtermitteln**

Futtermittel sollten vorrangig regional erzeugt und nicht importiert werden.

Im Zuge der ökologischen Landwirtschaft muss artgerechte Tierhaltung mit heimischen Futtermitteln ohne Einsatz von Gentechnik funktionieren, um die Grundlage für eine landwirtschaftliche Selbstversorgung in der Welt zu ermöglichen. Die Bewohner der Länder des Globalen Südens müssen frei sein von der Natur- und Kulturlandschaftszerstörung durch international agierende Lebensmittelkonzerne.

### **Reduktion der Fleischproduktion als Beitrag zum Klimaschutz**

Der Fleischkonsum trägt in hohem Maße zur Verstärkung des anthropogenen Klimawandels bei. Circa 30 Prozent der globalen Klimagas-Emissionen entfallen auf die Landwirtschaft. Des Weiteren stammen etwa 70 Prozent der Treibhausgase der Landwirtschaft in Deutschland aus der Tierhaltung. Um eine dringend notwendige Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, muss der Massentierhaltung in Form von Tierfabriken Einhalt geboten und darf nicht länger subventioniert werden. Hierzu werden dringend strengere Regeln und eine unabhängige Kontrolle für eine artgerechte Tierhaltung benötigt. Die industrielle Tierhaltung ist hauptverantwortlich für Ammoniak-Emissionen, Nitratbelastungen in Gewässern und Überdüngung der Böden. Dies beeinflusst nicht nur die Artenvielfalt negativ, sondern auch das Klima.

### **Transparente Kennzeichnung von Lebensmitteln**

Der gesamte Produktionsprozess muss für VerbraucherInnen nachvollziehbar sein. Herkunft, Herstellung und Qualität sowie der Einsatz von Gen- oder Nanotechnologie und die Verwendung von Zusatzstoffen müssen transparent gekennzeichnet sein. Irreführung der VerbraucherInnen durch Wort oder Bild auf der Verpackung und in der Werbung darf keinen Platz in der Lebensmittelindustrie mehr haben, damit eine aufgeklärte und verantwortliche Kaufentscheidung der KonsumentInnen möglich sein kann.

### **Keine Gentechnik und kein Patent auf Leben**

Der Einsatz von Gentechnik, dessen Folgen für Mensch und Natur noch nicht hinreichend bekannt sind, darf keinen Platz in einer neuen Agrarpolitik haben. Die „Grüne Gentechnik“ birgt unkontrollierbare Risiken für ganze Ökosysteme, indem sie Artgrenzen willkürlich überspringt, indem sie Gene beliebig kombiniert.

Hinzu kommt die Problematik der Patentierung gentechnisch veränderter Pflanzen und Tiere. Beispielsweise werden traditionelle Getreidesorten von gentechnisch veränderten Organismen mit höherer Schädlingsresistenz verdrängt, deren Saatgut aufgrund der Patentrechte von Großkonzernen gekauft werden muss. Pflanzen und Tiere dürfen nicht von Firmen patentiert werden, denn diese Praxis trägt dazu bei, BäuerInnen weltweit in strikte, existenzbedrohende Abhängigkeitsverhältnisse von Saatgutkonzernen zu drängen und verhindert die Ernährungssouveränität entscheidend.

### **Keine Subventionen von Lebensmittelexporten und Stopp des Landgrabbing**

Die Koppelung der Agrarsubventionen an höhere Umweltschutz- und Tierschutzstandards sowie das Verbot von subventionierten Lebensmittelexporten in die Länder des Globalen Südens sind dringend nötig.

Die EU muss jegliche Formen des eigenen Preisdumpings konsequent abbauen und gleichzeitig insbesondere den Ländern des Globalen Südens zu dem Recht verhelfen, ihre eigene Land- und Lebensmittelwirtschaft zu entwickeln und zu schützen. Wir setzen uns für die Unabhängigkeit der LandwirtInnen von international operierenden Agrarkonzernen ein. Es ist unverantwortlich, dass der Globale Süden für die Nahrungsmittel- und Agrotreibstoffproduktion der entwickelten Länder wertvolle Flächen bereitstellen muss. Agrarsubventionen sollen eine bäuerliche Landwirtschaft fördern, auf die sich der Erhalt einer vielfältigen Natur- und Kulturlandschaft stützt und dürfen nicht der Gewinnmaximierung von Großkonzernen dienen.

### **Schluss mit Lebensmittelspekulationen**

Nahrungsmittelproduktion hat sich von der landwirtschaftlichen Existenzgrundlage zum Zockerspiel entwickelt. Spekulationen verursachen Hunger und humanitäre Katastrophen. Wir fordern ein sofortiges Ende der Zockerei mit dem Hunger der Welt!

Im Rahmen dieser Forderungen unterstützt die Jugendorganisation Bund Naturschutz Initiativen zur Förderung der Ernährungssouveränität, des ökologischen Landbaus sowie der Stärkung ländlicher Räume, die alternative Handlungsansätze aufzeigen, wie beispielsweise:

- regionale Vermarktungsformen (Bauernmärkte, Ökokiste, Hofläden etc.)
- Stadtgarten-Initiativen zur Eigenproduktion von Gemüse in der Stadt
- Transition-Town Initiativen
- Vereine zur Initiierung agrogentechnikfreier Gemeinden und Regionen
- Alternativen zu Soja-Import: Leguminosenanbau in Deutschland
- Aktion Veggie-Day

Gemeinsam stehen wir für eine zukunftsfähige und nachhaltige Landwirtschaft ein, deren Ziel nicht die Produktion agroindustriell erzeugter, billiger Rohstoffe für die Nahrungsmittelindustrie oder die Energiewirtschaft ist, sondern eine Lebensmittelerzeugung, die ökologisch intakte Kulturlandschaften ermöglicht, Arbeitsplätze erhält und schafft und Tierrechte ebenso achtet wie die globale Entwicklungsfrage und den Klimaschutz. Denn nur so können auch nachfolgende Generationen die Vielfalt unserer Natur- und

Kulturlandschaft in gleichem Maße erleben und von dieser leben.

Wir fordern die Bundesregierung Deutschland auf, in den Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik der EU die aufgeführten Forderungen zu vertreten und somit für eine verantwortungsbewusste klima- und menschengerechte Landwirtschaft einzustehen!

gez. Agnes Grasberger  
gez. Julia Wunderlich  
gez. Tobias Müller  
gez. Tobias Grinschgl  
gez. Martin Geilhufe

#### Begründung:

Am 12. Oktober 2012 wird die EU-Kommission ihren endgültigen Legislativ-Vorschlag zur Reform der EU-Agrarpolitik vorstellen.

Momentan wird knapp die Hälfte des Haushaltvolumens der Europäischen Union für die Agrarpolitik eingesetzt. Diese aktuelle Agrarpolitik verursacht und verstärkt die komplexen globalen Probleme im Zusammenhang mit der Landwirtschaft entscheidend.

Hier ist eine massive Kehrtwende innerhalb der EU nötig: Die Reform muss zu einer neuen Agrarpolitik führen, die sich einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Landwirtschaft zuwendet. Denn die aktuellen agrarpolitischen Rahmenbedingungen begünstigen die fortschreitende Industrialisierung der Landwirtschaft, welche ein Motor für die Verschärfung von ökologischen und sozialen Problemen weltweit ist. Diese Agrarpolitik haben wir satt!

Die internationalen Handelsabkommen- und -strukturen, an denen sich die EU als wichtiger Akteur beteiligt, verhindern die Ernährungssouveränität der Weltbevölkerung.

Kleinbauern und Kleinbäuerinnen sind aber auf lokale Märkte angewiesen, wo sie ihre Erzeugnisse zu fairen Preisen verkaufen können, um ihre Existenzgrundlage zu sichern. Auf Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Welthandelsorganisation (WTO) und der Weltbank haben jedoch viele Länder des Globalen Südens ihre Märkte öffnen müssen, so dass diese von Billigimporten aus Europa überschwemmt und heimische Produkte vom Markt verdrängt werden. Die Folgen sind Einkommensverluste, Armut und Hunger.

Weltweit sind von sieben Milliarden Menschen nahezu eine Milliarde unterernährt, größtenteils aus den Ländern des Globalen Südens.

Dem gegenüber steht die Lebensmittelproduktion der industrialisierten Länder: Momentan produzieren wir Überschüsse und werfen fast 30 Prozent unserer Lebensmittel in den Müll. Dies geht zu Lasten der Länder des Globalen Südens, da unsere eigenen landwirtschaftlichen Flächen in Europa nicht ausreichen, um eine solche Praxis der Überschussproduktion dauerhaft zu tragen; Futtermittelimporte sind die Folge. Eiweißhaltiges Futter wie Soja wird meist aus Entwicklungs- oder Schwellenländern importiert, wo die Anbauflächen für die Versorgung der einheimischen Bevölkerung fehlen.

Das derzeitige System begünstigt internationale Konzerne und lässt kleinbäuerliche Strukturen sterben. Ziel der Reform muss es daher sein, den LandwirtInnen weltweit ein Auskommen zu garantieren, von dem sie leben können, sowie den VerbraucherInnen für einen fairen Preis ausreichend Lebensmittel zur Verfügung zu stellen.

Mit den sozialen Ungerechtigkeiten einher gehen ökologische Probleme, denn die im aktuellen System unterstützte industrielle Landwirtschaft hat eine negative Klimabilanz und bewirkt durch Land- und Naturzerstörung den Verlust von Biodiversität. Zukünftige Generationen werden unter Ressourcenübernutzung und irreversibler Landschaftszerstörung sowie den Folgen des Klimawandels leiden.

Die aktuelle Lage erfordert eine Wende zu einer Agrarpolitik, die schonend mit den Ressourcen der Erde umgeht. Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) muss so gestaltet werden, dass die Produktion ökologischer und qualitativer Lebensmittel wieder Vorrang hat. Eine Agrarpolitik, welche industrielle Agrarstrukturen fördert, handelt unverantwortlich!

Die deutsche Bundesregierung muss in den Verhandlungen zur gemeinsamen Agrarpolitik der EU klar Position zum Schutz von Klima, Umwelt und Natur beziehen und auch ihr eigenes Handeln danach richten. Nachfolgend fordern wir die Bundesregierung auf, für folgende Kriterien einzustehen und auf internationaler Ebene als positives Beispiel für eine klimafreundliche und sozialgerechte Landwirtschaft voranzugehen.